

Anfrage öffentlich	Datum 20.04.2023	Nummer F0141/23
Absender Stadtrat Hans-Joachim Mewes Fraktion DIE LINKE		
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 20.04.2023	
Kurztitel Versorgung von nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Menschen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem SGB XII mit Arzneimitteln und Hilfsmittel		

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Landesapothekerverband hat darauf verwiesen, dass seitens der kommunalen Kostenträger die Refinanzierung von vertragsärztlichen bzw. vertragszahnärztlichen Verordnungen zuweilen verweigert wird. Begründet wird dies meist damit, dass die Person, auf die das Rezept/die Verordnung ausgestellt ist, dem Kostenträger nicht bekannt sei. Damit ist der Kostenträger nicht zuständig. Letztlich hat aber die Apotheke das Medikament ausgereicht und bleibt auf den Kosten sitzen.

1. Welche Problemanzeigen liegen der Landeshauptstadt bzw. dem Sozialamt in Magdeburg vor, von nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Menschen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem SGB XII bei der Versorgung mit Arzneimitteln und Hilfsmittel, die den Apotheken durch den Kostenträger nicht erstattet werden, weil die betreffende Person bspw. in einen anderen Landkreis verzogen ist?
2. Wie oft trat diese Problematik in den letzten fünf Jahren auf und in welcher Form erfolgte hier eine Klärung?
3. Welche Form der Kostenübernahmeusage hält die Stadt für angemessen, um die den Apotheken entstehenden Kosten zu refinanzieren?
4. Welche Form einer Vereinbarung zur Klärung der Kostenübernahme hält die Landeshauptstadt hier für angemessen und erforderlich, um zum einen die Menschen mit den entsprechenden Medikamenten u.ä. zu versorgen und zum anderen den Apotheken die Kosten zu erstatten?
5. Welche Bestrebungen hat die Landeshauptstadt bisher unternommen, um eine vertragliche Regelung aufzusetzen, die klarstellt, dass Apotheken nicht verpflichtet sind, den Kostenträger des Rezeptes zu überprüfen? Bzw. was will die Landeshauptstadt unternehmen, um dieser Situation Abhilfe zu schaffen?

Ich bitte um ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Hands-Joachim Mewes
Stadtrat